

Palästina und der Atomstaat Israel

Vorweg:

Teil vom 2.6.22: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

Teil vom 9.8.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

Teil vom 2.11.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

Teil 2 vom 2.2.23 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

Teil 3 vom 29.3.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

Teil 4 vom 7.4.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

Teil 5 vom 18.5.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-5.pdf>

Teil 6 vom 8.6.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-6.pdf>

Teil 7 vom 6.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-7.pdf>

Teil 8 vom 27.7.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-8.pdf>

Teil 9 vom 24.8.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-9.pdf>

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

https://t1p.de/impressum_a_und_d

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

Nachfolgend weitere Berichte als Teil 10 :

.) **SZ Artikel über ultrazionistische Behinderung von Frauen in Israel :**

<https://www.sueddeutsche.de/politik/israel-orthodoxe-jagen-frauen-durch-die-stadt-1.4059675>

In Israel treiben religiöse Kräfte die Benachteiligung von Frauen voran – etwa durch Geschlechtertrennung. Die Netanjahu-Regierung hält sie nicht auf, im Gegenteil. Das könnte das Land radikal verändern.

Aufnahmen in sozialen Medien zeigen, wie Dutzende Ultraorthodoxe in Beit Schemesch nahe Jerusalem eine Frau verfolgen, die Shorts und ein T-Shirt trägt. Auch weitere Frauen sollen sie gejagt und mit Pfefferspray verletzt haben. In den vergangenen Jahren gab es in Beit Schemesch immer wieder Zusammenstöße zwischen säkularen, orthodoxen und ultraorthodoxen Juden.

.) **Der lange Arm der TPLF: Erneute Provokation:**

<https://www.jungewelt.de/artikel/458220.der-lange-arm-der-tplf-erneute-provokation.html>

Israel: Viele Verletzte nach heftiger Gewalt gegen eritreische Veranstaltung und Einsatzkräfte. Netanjahu will abschieben.

Gewalt angedroht und mit Eisenstangen umgesetzt: Die Angreifer bahnen sich ihren Weg durch Tel Aviv.

Die Einschätzung des Chefs des Ichilov-Krankenhauses in Tel Aviv ist drastisch: Die schwersten Massenunruhen seit der zweiten Intifada. Und der erste Einsatz von scharfen Waffen auf Demonstranten in Israel seit Oktober 2000. Mit dem Ergebnis, dass am Sonnabend mehr als 150 Menschen verletzt wurden, darunter 30 Polizeibeamte. Aufgerufen wurde zu Blutspenden, »als Reaktion auf den gravierenden Mangel an Blut aller Art und die Schwierigkeit, die Krankenhäuser mit ausreichend Blut zu versorgen, um Kranke und Verletzte zu behandeln«, wie *Times of Israel* online meldete. Nach jüngsten Polizeiangaben wurden bei den Angriffen mutmaßlicher Eritreer 52 Demonstranten festgenommen. Sie hätten Schlagstöcke, Tränengas und Elektroschocker bei sich gehabt. Die Demonstranten schlugen auch Scheiben von Polizei- und anderen Autos sowie Fenster umliegender Geschäfte ein. Die Polizei teilte mit, Einsatzkräfte hätten sich in Lebensgefahr gesehen und deshalb mit scharfer Munition geschossen. Dabei seien mehrere Demonstranten verletzt worden.

Und auch hier sollen wieder einmal »eritreische Oppositionelle« und »Regimeanhänger« außerhalb ihres Heimatlandes aufeinander losgegangen sein. Aber auch in Israel war es [wie in Gießen, Stockholm, Toronto, Seattle zuvor](#): Eine Gruppe gewaltbereiter angeblicher Eritreer geht gewaltsam gegen eritreische Veranstaltungen im Ausland vor. In diesem Fall traf es die Botschaft des Landes. Tatsächlich handelt es sich seit der faktischen Niederlage der sogenannten

»Volksbefreiungsfront von Tigray« in Äthiopien im vergangenen Jahr um eine systematische Verlagerung des Kampfes gegen den langjährigen Nachbarn und Erzfeind Eritrea. Zuvor hatten die »Oppositionellen« gefordert, die Veranstaltung abzusagen und andernfalls vor Gewalt gewarnt.

Gleichzeitig brachen sich in Israel rassistische Entgleisungen Bahn, sowie die opportune Betonung der Notwendigkeit der geplanten »Justizreform«. So schrieb etwa der Likud-Abgeordnete Boaz Bismuth auf X: »Die Richter des Obersten Gerichtshofs gefährden die Existenz des Staates Israel als nationale Heimat des jüdischen Volkes.« Vorgeworfen wird den Richtern, dass sie den »eritreischen Asylsuchenden« erlaubt hätten, sich überhaupt in den südlichen Nachbarschaften Tel Avivs niederzulassen. Die Likud-Abgeordnete Revital Gottlieb erklärte mit gleicher Stoßrichtung, dass das Gericht einen »fatalen Fehler« gemacht habe, als sie zugelassen haben, »dass Eritreer den Süden Tel Avivs besetzen und die Bewohner bedrohen«.

Premierminister Benjamin Netanjahu reagierte ebenfalls gewohnt radikal und erklärte: »Randale, Blutvergießen – das ist eine Zügellosigkeit, die wir nicht akzeptieren können.« Er forderte »starke Schritte gegen die Randalierer, einschließlich einer sofortigen Ausweisung derer, die beteiligt waren«. Er beauftragte den Ausschuss darüber hinaus, einen umfassenden Plan zur Ausweisung aller »illegalen Eindringlinge« aus Israel vorzubereiten. Es könnte sich allerdings als schwierig erweisen, Menschen in ein Land abzuschieben, mit dem sie nichts aus der Sprache – Tigrinya – teilen. Oppositionsführer Benjamin Gantz kam der Realität ein Stück näher. Er schrieb auf X: »Was heute auf den Straßen von Tel Aviv geschah, war kein legitimer Protest, sondern schwere Gewalt.« Sollten die Hintergründe dieser weltweiten Bewegung, die rücksichtslos ihre Interessen verfolgt, nicht aufgeklärt werden, wird es bis zum ersten Toten nicht mehr lange dauern. In Gießen ist zumindest der Anfang gemacht.

.) Die Bedeutung des obersten Gerichtshofs in Israel :

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/israel-2023/520478/demokratie-und-rechtsstaatlichkeit-in-israel/>

und

[https://de.wikipedia.org/wiki/Oberstes_Gericht_\(Israel\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Oberstes_Gericht_(Israel))

Der Oberste Gerichtshof Israels ist unter Belagerung. Die überstürzten Verfassungsreformen, die von der rechtsextremen Regierung Netanjahu seit den letzten Wahlen im November 2022 aggressiv vorangetrieben werden, stellen den Gerichtshof als das Haupthindernis auf dem Weg zur "Wiederherstellung der Regierbarkeit" der israelischen Exekutive dar. Ende Juli schlug die Koalition von Premierminister Netanjahu mit der Änderung des Grundgesetzes die erste klaffende

Lücke in Israels fragilem Justizsystem: Die Justiz (eine der Verfassungsnormen des Regimes), um dem Obersten Gerichtshof die Anwendung der "Angemessenheits"-Doktrin bei der Überprüfung von Entscheidungen der Exekutive zu untersagen. Am 12. September wird der Gerichtshof über die Petitionen gegen diese Änderung verhandeln, wobei er seine eigenen Vorrechte in einer noch nie dagewesenen Vollbesetzung von 15 Richtern verteidigen muss. Zu den nächsten Schritten im Regierungsprogramm könnten noch die Politisierung des Richterwahlausschusses und eine weitere Verfassungsänderung gehören, die es der Knesset ermöglicht, Urteile außer Kraft zu setzen, die Gesetze aus Menschenrechtsgründen für verfassungswidrig erklären.

.) Einladung zu Palästina-Reise 2024 :

<https://www.frauenhilfe-westfalen.de/pdf/flyer-veranstaltung-br-01-2023.pdf>

„Bildungs- und Begegnungsreise für Frauen“

So heißt der Titel des Weltgebetstags der Frauen 2024 aus Palästina. Wir erkunden in dieser Rundreise das Weltgebetstagsland Palästina und Israel - immer mit dem Blick dafür, was Frauen im Heiligen Land persönlich, politisch und gesellschaftlich bewegt und mit dem Ziel, eigene Eindrücke zu sammeln und mehr über das Weltgebetstagsland 2024 zu erfahren. So erleben und bereichern Sie die Vorbereitungszeit auf den weltweiten Gottesdienst der Frauen mit ganz besonderen Eindrücken.

Das besondere dieser Reise sind die Begegnungen mit Frauen und Frauenorganisationen vor Ort. Wir setzen uns gemeinsam mit ihnen mit meist gesellschaftlichen und politischen Fragen auseinander, die Frauen in Palästina und Israel betreffen. Dabei können die jahrzehntelangen politischen Konflikte zwischen Israel und Palästina nicht außeracht gelassen werden. Deshalb werden Vertreterinnen beider Seiten unsere Gesprächspartnerinnen sein. Schwerpunkt der Reise ist - neben dem Erkunden der Natur- und Kulturschätze und der christlichen Stätten - das Vernetzen mit und Kennenlernen von Frauenorganisationen und Projekten.

Der Weltgebetstag der Frauen: Über Konfessions- und Ländergrenzen hinweg engagieren sich Frauen in der Bewegung des Weltgebetstags. Er findet immer am ersten Freitag im März statt. Jedes Jahr geht es um ein anderes Land. Gemeinsam beten und handeln sie dafür, dass Frauen und Mädchen überall auf der Welt in Frieden, Gerechtigkeit und Würde leben können. So wurde der Weltgebetstag in den letzten 130 Jahren zur größten Basisbewegung christlicher Frauen.

.) British Society for Middle Eastern Studies fordert Universitäten auf, die Annahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus aufzuheben

Die British Society for Middle Eastern Studies sagt, dass die Definition der

International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) Kritik an Israel und/oder die Unterstützung der palästinensischen Rechte delegitimiert und damit die akademische Freiheit und die Meinungsfreiheit verletzt

Die British Society for Middle Eastern Studies hat die Universitäten im Vereinigten Königreich aufgefordert, die Übernahme der Arbeitsdefinition von Antisemitismus durch die International Holocaust Remembrance Alliance zurückzuziehen, da ihre Verwendung "die akademische Freiheit und das Recht auf rechtmäßige Meinungsäußerung von Studenten und Mitarbeitern untergräbt".

In einem Bericht, der in Zusammenarbeit mit dem European Legal Support Center, einer palästinensischen Interessenvertretung, erstellt wurde, erklärte die akademische Gesellschaft, dass sie 40 Fälle analysiert habe, in denen Menschen des Antisemitismus nach der Definition beschuldigt wurden, und dass "mit Ausnahme von zwei laufenden Fällen die Vorwürfe des Antisemitismus zurückgewiesen wurden".

Die IHRA-Arbeitsdefinition wurde von Regierungen und Institutionen auf der ganzen Welt, einschließlich des US-Außenministeriums und der britischen Labour Party, übernommen, um die Manifestationen von Hass gegen jüdische Menschen zu definieren. Es enthält einen Kerntext, in dem es heißt: "Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegen Juden ausdrücken kann. Rhetorische und physische Manifestationen des Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nichtjüdische Personen und/oder deren Eigentum, gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen."

Es enthält auch 11 Beispiele für das, was sie als zeitgenössische Manifestationen von Antisemitismus ansieht. Einige dieser Beispiele beziehen sich direkt auf Israel – "dem jüdischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern, z.B. durch die Behauptung, dass die Existenz eines Staates Israel ein rassistisches Unterfangen ist" und "Doppelmoral anwenden, indem man von [Israel] ein Verhalten verlangt, das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder verlangt wird", zum Beispiel. Diese Beispiele haben Kritiker dazu veranlasst, zu behaupten, dass die Definition die Meinungsfreiheit in Bezug auf die Rechte der Palästinenser einschränkt. "Die IHRA-Definition wurde in einer Weise verwendet, die israelkritische Standpunkte und/oder zur Unterstützung der palästinensischen Rechte delegitimiert, was eine Verletzung der akademischen Freiheit und der Meinungsfreiheit darstellt", heißt es in dem Bericht und behauptet, dass "Universitätspersonal und Studenten unangemessenen Untersuchungen und Disziplinarverfahren auf der Grundlage der IHRA-Definition ausgesetzt sind". "Wir empfehlen der britischen Regierung, ihre Anweisung an die Universitäten zurückzuziehen, die IHRA-Definition von Antisemitismus zu übernehmen" und "dass die IHRA-Definition von keiner Hochschuleinrichtung übernommen, umgesetzt oder

gefördert werden sollte. Wenn es angenommen wurde, sollte die Entscheidung aufgehoben werden", schrieben die beiden Gruppen.

Im Jahr 2019 verabschiedeten die Mitglieder der British Society for Middle Eastern Studies eine nicht bindende Resolution, in der sie zu einem akademischen Boykott Israels aufriefen, und protestierten 2021 gegen die Universität Bristol für die Entlassung von Professor David Miller, weil er gesagt hatte, dass "jüdische Studenten auf dem britischen Campus von einem gewalttätigen, rassistischen, ausländischen Regime, das ethnische Säuberungen betreibt, als politische Schachfiguren benutzt werden".

Als Reaktion auf den Bericht sagte ein Sprecher des Bildungsministeriums gegenüber The Guardian, dass die Arbeitsdefinition ein "wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Antisemitismus ist und nicht im Widerspruch zum Schutz der Meinungsfreiheit steht. Ein Bericht der unabhängigen Taskforce zu Antisemitismus in der Hochschulbildung zeigte, dass keine Universität, die die Definition übernommen hatte, behauptete, sie habe in irgendeiner Weise die Meinungsfreiheit oder die akademische Forschung eingeschränkt."

Anfang dieses Jahres berichtete der Community Security Trust, die Antisemitismus-Aufsichtsbehörde der britischen jüdischen Gemeinde, dass er in den letzten zwei Jahren einen Anstieg der "universitätsbezogenen antisemitischen Hassvorfälle" um 22 % verzeichnet habe.

"Zu den 150 Vorfällen, die dem CST in den letzten zwei akademischen Jahren gemeldet wurden, gehörten sieben Drohungen, von denen drei Morddrohungen gegen jüdische Studenten waren, und drei körperliche Angriffe", erklärte die Gruppe.

"In einigen Fällen stellte das CST fest, dass die Ermittlungen zu Beschwerden über Antisemitismus durch langsame Reaktionen, einen Zusammenbruch der Kommunikation, einen Mangel an Unparteilichkeit oder Objektivität der Ermittlungsbeamten und ein Versäumnis, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in angemessener Weise zu verwenden, beeinträchtigt wurden."

https://www.haaretz.com/jewish/2023-09-13/ty-article/.premium/british-group-calls-on-universities-to-drop-working-antisemitism-definition/0000018a-8ece-d715-a3aa-ffef3cf10000?utm_source=mailchimp&utm_medium=Content&utm_campaign=haaretz-today&utm_content=24fafbec

.)Terrorismusanklage gegen Palästina-Solidarität:

Aktivist droht Abschiebung: »Ein klarer Angriff auf die Meinungsfreiheit«

<https://www.jungewelt.de/artikel/459847.aktivist-droht-abschiebung-unsere-positionen-werden-als-bedrohung-wahrgenommen.html>

In einer Solidaritätserklärung heißt es, der Angriff auf »Samidoun« und ihren

Koordinator sei ein Angriff auf die gesamte Meinungsfreiheit.

Ja, das ist in meinen Augen ein klarer Angriff auf die Meinungsfreiheit insgesamt. Mein Mandant hat ja nicht etwa eine Straftat begangen, sondern er hat sich politisch engagiert, also eben seine Meinung geäußert. Wenn er jetzt deswegen ausgewiesen werden soll, dann ist das ein Signal an andere: »Wer sich für Palästina einsetzt, verliert sein Bleiberecht!« Das haben wir in der Vergangenheit auch in anderen Erscheinungsformen erleben können, so haben Menschen ihren Job oder Organisationen ihre Fördergelder verloren. Die Meinungsfreiheit insgesamt ist damit angegriffen, weil es immer erst einmal die marginalisierten Positionen in einer Gesellschaft trifft, bevor sich Repression dann langsam auch auf andere Teile der Gesellschaft ausbreitet.

.) Israels Verteidigungsminister: Hamas hat „Krieg gegen den Staat Israel“ begonnen: <https://www.suedkurier.de/>

Nach massiven Angriffen aus dem palästinensischen Gazastreifen auf Israel hat die israelische Armee am Samstag den Kriegszustand erklärt. Das Militär reagierte damit auf Überraschungsangriffe militanter Palästinenser.

Israelis begutachten Schäden, die durch einen Raketenangriff aus dem Gazastreifen entstanden sind. Militante Palästinenser in Gaza haben am frühen Samstag unerwartet Dutzende von Raketen auf israelische Ziele abgefeuert, wie die israelische Armee mitteilte.

Gaza-Angreifer kamen über Land, See und Luft nach Israel

Bewaffnete Palästinenser sind nach israelischen Armeeangaben am Samstag über Land, See und Luft nach Israel eingedrungen. Der israelische Armeesprecher Richard Hecht sagte Journalisten, es gebe momentan Kämpfe mit israelischen Soldaten an verschiedenen Orten im Umkreis des Gazastreifens. Darunter seien zwei Militärbasen, der Eres-Übergang zum Gazastreifen sowie mehrere Ortschaften. Es gebe Opfer auf israelischer Seite, man könne aber noch keine Zahlen nennen. Israelische Medien berichteten von Geiselnahmen, dafür gab es aber zunächst keine offizielle Bestätigung.

Außerdem seien mehr als 2200 Raketen auf israelische Ortschaften abgefeuert worden. Hecht sagte, Israel habe als Reaktion auf die massiven Angriffe aus dem Palästinensergebiet die Operation „Eiserne Schwerter“ gestartet.

Bei Kämpfen mit bewaffneten Angreifern aus dem Gazastreifen ist der Präsident des Regionalrats der israelischen Grenzorte nordöstlich des Palästinensergebiets getötet worden. Ofir Liebstein sei „bei einem Schusswechsel mit Terroristen“ getötet worden, teilte der Regionalrat von Shaar Negev am Samstagmorgen mit. Zuvor waren hunderte Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel abgefeuert worden, die israelische Armee meldete auch das Eindringen von „Terroristen“ nach Israel. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat den massiven

Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf Israel „aufs Schärfste“ verurteilt. „Ich verurteile die terroristischen Angriffe aus Gaza gegen Israel aufs Schärfste“, schrieb Baerbock am Samstag im vormals Twitter genannten Onlinedienst X. „Gewalt und Raketen gegen Unschuldige müssen sofort aufhören. Israel hat unsere volle Solidarität und das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen Terror zu verteidigen“, fuhr sie fort.

Baerbock verliert nicht ein einziges Wort über die andauernden Verbrechen Israels gegen die Palästinenser.

Der bewaffnete Arm der Hamas erklärte, die „Operation Al-Aksa-Flut“ gegen Israel gestartet zu haben. Dabei habe die Gruppe mehr als 5000 Raketen auf Israel abgefeuert, sagte Mohammed Deif, der Chef Essedine-al-Kassam-Brigaden, in einer im Fernsehen abgespielten Audionachricht.

Die im Gaza herrschende islamistische Hamas hat den Beginn einer „Militäroperation“ gegen Israel erklärt.

Hamas habe beschlossen, israelischen „Verbrechen“ ein Ende zu setzen, sagte der Hamas-Militärchef Mohammed Deif in einer Botschaft am Samstagmorgen.

.) Israels Apartheid gegen die Palästinenser*innen -

ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit: von amnesty

<https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>

Die israelischen Behörden müssen für das Verbrechen der Apartheid zur Verantwortung gezogen werden, schreibt Amnesty International in einem neuen Bericht. Darin wird detailliert aufgezeigt, wie der Staat Israel ein System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser*innen durchsetzt. Wo immer der israelische Staat Kontrolle über die Rechte von Palästinenser*innen hat, werden diese systematisch unterdrückt und beherrscht. Dies gilt für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten (einschliesslich Ostjerusalem), im Staat Israel sowie für palästinensische Flüchtlinge in anderen Ländern.

Der im Original 182 Seiten umfassende Bericht [Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity](#) kommt zum Schluss, dass die umfangreichen Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Eigentum, die rechtswidrigen Tötungen, Zwangsumsiedlungen, drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Verweigerung der Nationalität und der Staatsbürgerschaft für Palästinenser*innen Bestandteile eines Systems sind, das

nach internationalem Recht Apartheid darstellt. Dieses System wird durch Menschenrechtsverletzungen aufrechterhalten, die nach Einschätzung von Amnesty International den Tatbestand der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen – so wie diese das Römer Statut und die Konvention gegen Apartheid definieren. Amnesty International fordert den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) auf, das Verbrechen der Apartheid bei seinen laufenden Ermittlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu berücksichtigen, und appelliert an alle Staaten, die universelle Gerichtsbarkeit anzuwenden, um diejenigen vor Gericht zu bringen, die Apartheidverbrechen begangen haben.

«Ob sie im Gazastreifen, in Ostjerusalem, in Hebron oder in Israel selbst leben, Palästinenser*innen werden als separate und nachrangige Gruppe behandelt und systematisch ihrer Rechte beraubt.»

«Unser Bericht zeigt das wahre Ausmass des israelischen Apartheidregimes», sagt Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International. «Ob sie im Gazastreifen, in Ostjerusalem, in Hebron oder in Israel selbst leben, Palästinenser*innen werden als separate und nachrangige Gruppe behandelt und systematisch ihrer Rechte beraubt. Die Recherchen zeigen, dass Israels Politik der Segregation, Enteignung und Ausgrenzung in allen von den israelischen Behörden kontrollierten Territorien der Apartheid gleichkommt. Hier muss die internationale Gemeinschaft handeln.»

«Es gibt keine Rechtfertigung für ein System, das auf einer institutionalisierten rassistischen Unterdrückung von Millionen von Menschen beruht. Apartheid hat keinen Platz in unserer Welt. Regierungen, die Israel weiterhin mit Waffen beliefern und das Land vor der Rechenschaftspflicht in der UNO schützen, unterstützen ein Apartheidsystem, untergraben die internationale Rechtsordnung und verschlimmern die Menschenrechtsverletzungen am palästinensischen Volk. Die internationale Gemeinschaft muss sich mit der Apartheid durch die israelischen Behörden auseinandersetzen und eine gerechtere Situation herbeiführen.»

Die Ergebnisse von Amnesty International knüpfen an eine wachsende Zahl von Arbeiten palästinensischer, israelischer und internationaler NGOs an, die das völkerrechtliche Konzept der Apartheid zunehmend auf die Situation in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten anwenden.

Verbrechen der Apartheid identifiziert

Ein Apartheidsystem ist ein institutionelles Regime der Unterdrückung und Herrschaft einer Gruppe über eine andere. Im internationalen Strafrecht stellen bestimmte rechtswidrige Handlungen, die im Rahmen eines Systems von Unterdrückung und Herrschaft und in der Absicht, es aufrechtzuerhalten, begangen werden, Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Gemäss der Konvention gegen Apartheid umfassen die Verbrechen der Apartheid rechtswidrige Tötungen, Folter, Zwangsumsiedlungen und die Verweigerung grundlegender Rechte und Freiheiten.

Die umfangreichen Recherchen und rechtlichen Analysen von Amnesty International, die in Konsultation mit externen Expert*innen durchgeführt wurden, zeigen, dass die israelische Regierung ein solches System gegen Palästinenser*innen durchsetzt – und zwar mit Gesetzen, politischen Massnahmen und Praktiken. Amnesty International hat in allen von der israelischen Regierung kontrollierten Gebieten Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die gemäss der Konvention gegen Apartheid und dem Römer Statut verboten sind; in den besetzten palästinensischen Gebieten kommen sie jedoch häufiger und gewaltsamer vor als in Israel.

Die israelischen Behörden schränken die Bewegungsfreiheit für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten massiv ein und verweigern palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr. Der Bericht dokumentiert auch Zwangsumsiedlungen, Verwaltungshaft, Folter und rechtswidrige Tötungen, sowohl in Israel als auch in den besetzten palästinensischen Gebieten. Die rechtswidrige Tötung von palästinensischen Demonstrierenden ist ein deutliches Beispiel dafür, wie die israelischen Behörden Menschenrechtsverletzungen zur Aufrechterhaltung des Status Quo einsetzen. Im Jahr 2018 begannen Palästinenser*innen in Gaza mit wöchentlichen Protesten entlang der Grenze zu Israel und forderten das Rückkehrrecht für Flüchtlinge und ein Ende der Blockade. Noch bevor die Proteste begannen, warnten hohe israelische Regierungsvertreter*innen, dass Palästinenser*innen, die sich der Mauer näherten, erschossen würden. Bis Ende 2019 töteten die israelischen Streitkräfte 214 Zivilist*innen, darunter 46 Kinder.

Amnesty International kommt zum Schluss, dass diese Menschenrechtsverletzungen Teil eines systematischen und breit angelegten Angriffs gegen die palästinensische Bevölkerung sind und in der Absicht begangen werden, das System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Damit erfüllen sie den Tatbestand der Apartheid und stellen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar.

Angesichts der in dem Bericht dokumentierten systematischen rechtswidrigen Tötung von Palästinenser*innen fordert Amnesty International den Uno-Sicherheitsrat auf, ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel zu verhängen. In Anbetracht der tausenden Zivilist*innen, die von den israelischen Streitkräften rechtswidrig getötet wurden, sollte dies alle Waffen und Munition sowie Polizeiausrüstung umfassen. Der Uno-Sicherheitsrat sollte ausserdem gezielte Sanktionen wie das Einfrieren von Vermögenswerten gegen israelische Regierungsvertreter*innen verhängen, die am tiefsten in das Verbrechen der Apartheid verwickelt sind.

Palästinenser*innen als demografische Bedrohung

Seit der Staatsgründung 1948 verfolgen die israelischen Behörden eine Politik, die darauf abzielt, eine jüdische Bevölkerungsmehrheit zu schaffen und zu erhalten und die Kontrolle über Land und Ressourcen zum Nutzen der jüdischen Israelis zu maximieren. 1967 dehnte die israelische Regierung diese Politik auf das Westjordanland und den Gazastreifen aus. Heute werden alle von der israelischen Regierung kontrollierten Gebiete mit dem Ziel verwaltet, jüdische Israelis zum Nachteil der Palästinenser*innen zu begünstigen.

Amnesty International stellt den Wunsch der israelischen Regierungen, jüdischen Menschen eine Heimat bieten zu wollen, nicht in Frage. Amnesty International ist auch nicht der Ansicht, dass die Bezeichnung Israels als «jüdischer Staat» an sich schon auf die Absicht hinweist, zu unterdrücken und zu dominieren.

Amnesty International erkennt an, dass jüdische Menschen ebenso wie Palästinenser*innen ein Recht auf Selbstbestimmung beanspruchen, und stellt den Wunsch der israelischen Regierungen, jüdischen Menschen eine Heimat bieten zu wollen, nicht in Frage. Amnesty International ist auch nicht der Ansicht, dass die Bezeichnung Israels als «jüdischer Staat» an sich schon auf die Absicht hinweist, zu unterdrücken und zu dominieren.

Der Bericht von Amnesty International zeigt jedoch, dass verschiedene israelische Regierungen die Palästinenser*innen als demografische Bedrohung dargestellt haben, um ihre Präsenz und ihren Zugang zu Land in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu kontrollieren und einzuschränken. Durch offizielle Pläne zur Erhöhung des Anteils jüdischer Bewohner*innen in Gebieten in Israel und im Westjordanland, einschliesslich Ostjerusalem, sind weiterhin tausende Palästinenser*innen der Gefahr einer Zwangsumsiedlung ausgesetzt.

Unterdrückung über territoriale Grenzen hinweg

Die Kriege von 1947-49 und 1967, Israels andauernde Besatzung der palästinensischen Gebiete und die Schaffung verschiedener Rechts- und Verwaltungssysteme innerhalb des Territoriums haben die palästinensischen Gemeinschaften voneinander getrennt und von der jüdischen Bevölkerung Israels separiert. Palästinenser*innen sind geografisch und politisch zersplittert und erfahren je nach ihrem Aufenthaltsort und ihrem rechtlichen Status unterschiedliche Formen der Unterdrückung.

Palästinensische Bürger*innen Israels haben derzeit mehr Rechte und Freiheiten als Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten. Gleichzeitig unterscheiden sich die Erfahrungen der Palästinenser*innen im Gazastreifen stark von denen im Westjordanland. Die Recherchen von Amnesty International zeigen jedoch, dass alle Palästinenser*innen demselben übergreifenden System unterworfen sind. Die israelischen Behörden verfolgen in allen Bereichen dasselbe Ziel: die jüdische Bevölkerung Israels bei der Verteilung von Land und Ressourcen zu bevorzugen und die palästinensische Präsenz und ihren Zugang zu Land zu minimieren.

Amnesty International zeigt, dass die israelischen Behörden die Palästinenser*innen als separate und nachrangige Gruppe behandeln, definiert mittels ihrer nicht-jüdischen, arabischen Identität. Diese rassistische Diskriminierung ist in Gesetzen verankert, die Palästinenser*innen in ganz Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten betreffen. Palästinensischen Bürger*innen in Israel wird die Nationalität verwehrt und sie werden so rechtlich von jüdischen Israelis unterschieden.

Im Westjordanland und im Gazastreifen, wo die israelischen Behörden seit 1967 das Melderegister kontrollieren, besitzen Palästinenser*innen keine Staatsangehörigkeit. Die meisten werden als staatenlos betrachtet und benötigen ein Ausweisdokument des israelischen Militärs, um in den besetzten Gebieten zu leben und zu arbeiten.

Palästinensischen Flüchtlingen, die in den bewaffneten Konflikten von 1947-49 und 1967 vertrieben wurden, und ihren Nachkommen wird das Recht auf Rückkehr an ihre früheren Wohnorte unter grober Verletzung internationalen Rechts nach wie vor verweigert.

Seit 1967 wurden mehr als 14000 Palästinenser*innen aus Ostjerusalem die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und sie mussten die Stadt gegen ihren Willen verlassen.

Palästinenser*innen im annektierten Ostjerusalem erhalten anstelle der Staatsbürgerschaft einen dauerhaften Aufenthaltsstatus. Allerdings wurden seit 1967 mehr als 14'000 Palästinenser*innen die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und sie mussten Ostjerusalem gegen ihren Willen verlassen.

Soziale und wirtschaftliche Benachteiligung

2018 fand die Diskriminierung der Palästinenser*innen Ausdruck im Nationalstaatsgesetz, das Israel zum ersten Mal als «Nationalstaat des jüdischen Volkes» bezeichnete – und das, obwohl rund 21 Prozent der Bevölkerung Israels Palästinenser*innen sind. Das Gesetz begünstigt ausserdem den Bau jüdischer Siedlungen und verringert die Bedeutung des Arabischen als offizielle Sprache in Israel.

Der Bericht von Amnesty International dokumentiert, wie Palästinenser*innen auf 80 Prozent des staatlichen israelischen Landes wirksam daran gehindert werden, Land zu pachten. Grund dafür sind die rassistischen Beschlagnahmungen von Land und ein Netz aus diskriminierenden Gesetzen zu Landvergabe, Planung und Raumordnungsvorhaben.

Die Situation in der Negev-Wüste/Naqab im Süden Israels ist ein gutes Beispiel dafür, wie Planungs- und Baumassnahmen Palästinenser*innen absichtlich ausschliessen. Seit 1948 kennzeichnen die israelischen Behörden grosse Bereiche im Negev/Naqab als Naturschutzgebiete oder militärische Schiesszonen. Zudem soll die Zahl der jüdischen Bevölkerung erhöht werden – mit verheerenden Folgen für zehntausende palästinensische Beduin*innen, die in der Region leben.

Fünfunddreissig Dörfer mit 68'000 Menschen werden derzeit von Israel nicht anerkannt und sind somit von der nationalen Strom- und Wasserversorgung abgeschnitten. Die Bewohner*innen dürfen politisch nicht mitwirken und sind vom Gesundheits- und Bildungssystem ausgeschlossen. Diese Bedingungen haben viele Menschen dazu gezwungen, ihre Häuser und Dörfer zu verlassen, was einer Zwangsumsiedlung gleichkommt.

Seit 1948 haben die israelischen Behörden hunderttausende palästinensische Häuser in allen Gebieten, die unter israelischer Gerichtsbarkeit stehen, abgerissen. Die israelischen Behörden verweigern den Palästinenser*innen in Ostjerusalem und der Zone C im Westjordanland Baugenehmigungen und zwingen sie dadurch, illegale Bauten zu errichten, die dann wieder abgerissen werden.

In den besetzten palästinensischen Gebieten verschärft die ständige Ausweitung der rechtswidrigen israelischen Siedlungen die Situation. Israelische Siedlungen bedecken heute 10 Prozent des Landes im Westjordanland, und etwa 38 Prozent des palästinensischen Landes in Ostjerusalem wurde zwischen 1967 und 2017 enteignet.

Die jahrzehntelange bewusste Ungleichbehandlung der palästinensischen Bürger*innen Israels hat dazu geführt, dass sie im Vergleich zur jüdischen Bevölkerung wirtschaftlich benachteiligt sind. Verschärft wird dieses Problem durch die diskriminierende Zuweisung staatlicher Mittel: Ein jüngstes Beispiel ist das Corona-Konjunkturpaket der Regierung, von dem nur 1,7 Prozent an die

palästinensischen Kommunalbehörden gingen.

Drakonische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

Seit Mitte der 1990er Jahre schränken die israelischen Behörden die Bewegungsfreiheit in den besetzten palästinensischen Gebieten immer stärker ein. Ein 700 Kilometer langer Zaun, den die israelischen Behörden immer weiter ausbauen, schliesst palästinensische Gemeinden durch Militärzonen ein. Die Bewohner*innen müssen mehrere Sondergenehmigungen einholen, wenn sie ihre Häuser betreten oder verlassen wollen. Im Gazastreifen leben mehr als zwei Millionen Palästinenser*innen unter einer israelischen Blockade, die zu einer humanitären Krise geführt hat. Für die Bewohner*innen des Gazastreifens ist es nahezu unmöglich, ins Ausland oder in die anderen besetzten palästinensischen Gebiete zu reisen. Sie sind praktisch vom Rest der Welt abgeschottet.

«Die Palästinenser*innen werden durch die Schwierigkeit zu reisen, ständig an ihre Ohnmacht erinnert. Jeder ihrer Schritte muss vom israelischen Militär genehmigt werden und selbst bei der einfachsten alltäglichen Erledigung müssen sie sich durch ein Netz von gewaltsamen Kontrollen bewegen», sagt Agnès Callamard. «Das Genehmigungssystem in den besetzten palästinensischen Gebieten zeigt die Diskriminierung exemplarisch. Während die Palästinenser*innen in einer Blockade gefangen sind, stundenlang an Checkpoints festsitzen oder auf eine weitere Genehmigung warten, können sich jüdisch-israelische Staatsbürger*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten nach Belieben bewegen.»

Amnesty International hat alle Sicherheitsbedenken, die die israelischen Behörden als Grundlage für die Behandlung von Palästinenser*innen anführen, einzeln geprüft. Der Bericht zeigt, dass, einige der israelischen Massnahmen zwar zur Erfüllung legitimer Sicherheitsziele entworfen wurden; sie wurden jedoch extrem unverhältnismässig und diskriminierend umgesetzt und verstossen damit gegen internationales Recht. Andere politische Massnahmen entbehren jeder sicherheitspolitischen Grundlage und zeichnen sich deutlich durch die Absicht der Unterdrückung und Herrschaft aus.

Der Weg in die Zukunft

Amnesty International gibt zahlreiche konkrete Empfehlungen, wie die israelischen Behörden das Apartheidsystem und die Diskriminierung, Segregation und Unterdrückung, die es aufrechterhalten, abbauen können.

Amnesty fordert, als ersten Schritt die Praxis der Häuserabrisse und rechtswidrigen

Zwangsräumungen zu beenden. Die israelische Regierung muss allen Palästinenser*innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten im Einklang mit internationalen Menschenrechtsnormen und den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts die gleichen Rechte gewähren. Sie muss das Recht der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen auf Rückkehr dorthin, wo sie oder ihre Familien einst lebten, anerkennen und die Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfassend entschädigen.

Israel muss das Apartheidsystem abschaffen und beginnen, die Palästinenser*innen als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Würde zu behandeln.

Das Ausmass und die Schwere der von Amnesty International dokumentierten Menschenrechtsverletzungen erfordern einen radikalen Wandel in der Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft an die Menschenrechtskrise in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. «Alle Staaten können nach internationalem Recht die universelle Gerichtsbarkeit über Personen ausüben, die im begründeten Verdacht stehen, das Verbrechen der Apartheid begangen zu haben, und die Vertragsstaaten der Konvention gegen Apartheid sind verpflichtet, dies zu tun. Die internationale Reaktion auf die Apartheid darf sich nicht länger in Lippenbekenntnissen und zweideutigen Äusserungen erschöpfen. Wenn wir die Ursachen nicht bekämpfen, werden Palästinenser*innen und Israelis in dem Kreislauf der Gewalt gefangen bleiben, der so viele Leben zerstört hat», sagt Agnès Callamard.

Israel muss das Apartheidsystem abschaffen und beginnen, die Palästinenser*innen als Menschen mit gleichen Rechten und gleicher Würde zu behandeln. Solange das nicht der Fall ist, liegen Frieden und Sicherheit für Israelis wie Palästinenser*innen in weiter Ferne.

.) **Hamas-Angriff auf Israel: Attacke wird international verurteilt**

<https://taz.de/Hamas-Angriff-auf-Israel/!5965535/>

„Die Stimmen, die das Vorgehen der Hamas scharf kritisieren, mehren sich. Neben Deutschland und der EU solidarisiert sich auch die Ukraine mit Israel.

.) Hamas-Angriff auf Israel: Netanjahu sieht sein Land „im Krieg“

<https://taz.de/-Hamas-Angriff-auf-Israel-!/5965534/>

„Der Hamas ist es offenbar gelungen, Israel mit massiven Angriffen zu überraschen. Zudem könnte der Streit um die Justizreform das Militär schwächen.“

.) Eskalation in Nahost:

[Eskalation in Nahost: Hamas startet Großangriff auf Israel – taz.de](#)

Hamas startet Großangriff auf Israel, „Bei massiven Attacken aus dem Gazastreifen sind mehr als 40 Israelis getötet und mehrere Menschen von militanten Palästinensern entführt worden.“

.) Vor 50 Jahren begann Jom-Kippur-Krieg:

[Vor 50 Jahren begann Jom-Kippur-Krieg: Am Rande einer Niederlage – taz.de](#)

Am Rande einer Niederlage, „Potenzial zur globalen Eskalation: Am 6.10. 1973 überfielen diverse arabische Armeen im Jom-Kippur-Krieg Israel. Linke sahen darin Anti-Imperialismus.“

.) Eskalation im Nahost-Konflikt: „Das ändert alles“ :

[Eskalation im Nahost-Konflikt: „Das ändert alles“ - taz.de](#)

Mit einem beispiellosen Terrorangriff hat die islamistische Hamas Israel überrumpelt und mutmaßlich dutzende Geiseln genommen. Die tief zerstrittene israelische Gesellschaft stellt sich auf Krieg ein, doch der Schaden ist kaum mehr zu beheben. „Das fühlt sich nicht real an, nicht wie heute, als würde ich Fernsehbilder aus den 70er-Jahren sehen“, sagt die 35-jährige Inbar und schaut auf den Bildschirm ihres Smartphones im Schutzraum in Tel Aviv. Über den Bildschirm flimmern Bilder von israelischen Soldaten, die von bewaffneten Palästinensern mit vorgehaltener Waffe aus einem Panzer gezerrt werden. **„Wir haben uns an die Raketen gewöhnt“, sagt ihr Nachbar Leenatan. „Aber dass jemand an unsere Türe klopfen könnte, das ändert alles. Es macht mir Angst.“**

.) Terror gegen Israel – einige Stimmen unter diesen Links:

.) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/unter-schock/>

.) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/terror-gegen-israel-polizei-verstaerkt-sicherheit-vor-juedischen-und-israelischen-einrichtungen-in-ganz-deutschland/>

- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/juedisches-leben-ueberall-wird-von-terroristen-infrage-gestellt/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/das-mullah-regime-steckt-dahinter/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/libanon-greift-israel-an-hisbollah-uebernimmt-verantwortung/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/solidaritaetsdemonstration-fuer-israel-vor-brandenburger-tor-am-sonntag/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/bericht-hamas-entfuehrt-auch-deutsche-staatsbuerger/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/militaersprecher-israel-evakuiert-ortschaften-am-rande-von-gaza/>
- .) <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/israelische-marine-verhindert-anschlag-von-5-palaestinensischen-terroristen/>

Nachfolgend Statements aus Die „Linke Zeitung“ -mal eine ganz andere Sichtweise :

.) Palästina: Der Widerstand erhebt sich zu Revolution, Rückkehr und Befreiung:
<https://t.me/PalestineResist>, um immer auf dem neuesten Stand zu sein.

Und

<https://samidoun.net/2023/10/palestine-the-resistance-rises-toward-revolution-return-and-liberation/>

und

<https://linkezeitung.de/2023/10/08/palaestina-der-widerstand-erhebt-sich-zu-revolution-rueckkehr-und-befreiung/>

Übersetzung LZ

Am Morgen des 7. Oktober 2023 erhebt sich der Widerstand im gesamten besetzten Palästina und zerschlägt die Belagerung des Gazastreifens mit einer umfassenden Offensive gegen die Besatzer zu Lande und in der Luft, indem er palästinensisches Land unter seine Kontrolle bringt, Siedler und Soldaten der Besatzer festnimmt und Tausende von Raketen abschießt, während palästinensische Widerstandskräfte für die Rückkehr und die Befreiung Palästinas kämpfen.

Die neue Widerstandsoperation, die von Mohammed Deif, dem Oberbefehlshaber der Izz el-Din al-Qassam-Brigaden, dem militärischen Flügel der Hamas, als "Al-Aqsa-Flut" bezeichnet wurde, findet am 50. Jahrestag des Krieges von 1973 statt, in dem Ägypten den besetzten Sinai von der zionistischen Besatzung zurückeroberte, und soll die Richtung des Kampfes im besetzten Palästina ändern, weg vom Widerstand hin zu Revolution und Befreiung.

Die Widerstandsoperation ist eine Reaktion auf die anhaltenden Verbrechen gegen das palästinensische Volk, die tägliche Ermordung von Palästinensern auf den Straßen des Westjordanlandes im besetzten Palästina, die Belagerung des

Gazastreifens, den Landraub für Siedlungen, die Verweigerung des Rechts der Flüchtlinge auf Rückkehr, die Auferlegung des Exils für mehr als 75 Jahre, die Folterungen und Angriffe auf die palästinensischen Gefangenen, die anhaltenden Invasionen der Al-Aqsa-Moschee und die 75 Jahre zionistischer Besatzung und mehr als 100 Jahre imperialistischer Herrschaft und Kolonialismus im gesamten besetzten Palästina.

Es geht auch um die Befreiung der palästinensischen Gefangenen, die ein Teil des palästinensischen Volkes und Landes sind. Die Besatzung hat einen Gefangenenaustausch mit dem Widerstand wiederholt hinausgezögert, und nun hat der Widerstand bekannt gegeben, dass er eine beträchtliche Anzahl von Gefangenen aus den Reihen der Besatzungssoldaten und Siedler entführt hat, um die 5.250 palästinensischen Gefangenen in den Gefängnissen der Besatzung zu befreien, einschließlich der 1350 ohne Anklage oder Gerichtsverfahren unter Verwaltungshaft Inhaftierten, 39 Frauen und 170 Kinder. Der Widerstand unternimmt neue Schritte, um palästinensisches Land zu befreien, sich dem Siedlungsprojekt entgegenzustellen und die Gefangenen aus einer Machtposition zu befreien.

Die Nachrichten entwickeln sich schnell, aber es ist klar, dass der palästinensische Widerstand entschlossen ist, den Status quo in der Region neu zu bestimmen und die Realität aufzudecken, dass das zionistische Regime sich nicht länger auf seine technologische Stärke und seine imperialistischen Waffen verlassen kann, um seine Herrschaft über das palästinensische Volk durchzusetzen. Jahrestag des Krieges von 1973, ist es eine entschiedene Absage an den gesamten Weg von Oslo und Normalisierung, der dem palästinensischen und arabischen Volk in den letzten 50 Jahren aufgezwungen wurde, und zeigt einen neuen Weg mit einem klaren Ziel auf: Befreiung, und nichts anderes. Sie baut auf der Befreiung des Südlibanon von der Besatzung durch den libanesischen Widerstand unter Führung der Hisbollah im Jahr 2000 und der Niederschlagung der zionistischen Invasion im Libanon im Jahr 2006 sowie auf den aufeinander folgenden heldenhaften Kämpfen des palästinensischen Widerstands im gesamten besetzten Palästina und insbesondere in seinem Basisgebiet im Gazastreifen auf.

In seiner Erklärung, mit der er die Operation ankündigte, sagte Deif: "Von heute an endet die Sicherheitskoordination. Heute fordert das Volk seine Revolution zurück, korrigiert seinen Weg und kehrt zum Marsch der Rückkehr zurück". Er rief alle auf, sich am Widerstand zu beteiligen, insbesondere alle Widerstandskräfte in der Region, im Libanon, in Syrien, im Iran und im Jemen sowie alle arabischen Völker vom Golf bis zum Ozean, sich diesem Kampf anzuschließen, der ihr Kampf für Freiheit, Würde und Befreiung ist, und erklärte: "Es ist an der Zeit, dass sich die Kräfte des arabischen Widerstands vereinen."

Samidoun schließt sich der Masar Badil, der palästinensischen Bewegung des alternativen revolutionären Weges, an und ruft "die Massen unseres

palästinensischen Volkes, die Unterstützer des Widerstands im Exil und in der Diaspora, die Verbündeten der Befreiungskräfte und -bewegungen und die Solidaritätskomitees mit dem palästinensischen Volk überall dazu auf, ihre Unterstützung für den heldenhaften palästinensischen Widerstand zum Ausdruck zu bringen, die Fahne Palästinas und die Banner des Widerstands zu hissen und populäre, politische und mediale Demonstrationen und Veranstaltungen zu organisieren, um die zionistischen Verbrechen gegen unser Volk im besetzten Palästina aufzudecken. Der heldenhafte palästinensische Widerstand hat im Morgengrauen des 7. Oktober 2023 ein Kapitel von Kämpfen der Würde und des Stolzes aufgeschlagen und antwortet nun auf die jahrzehntelange und wiederholte zionistische, amerikanische und europäische Aggression gegen die Massen unserer arabischen und islamischen Nation vom Ozean bis zum Golf und angesichts der Hunger- und Belagerungskriege, die die Vereinigten Staaten und ihre Agenten gegen unsere Völker in der Region, insbesondere in Syrien, im Libanon, im Jemen und im Iran, angezettelt haben.”

Da der palästinensische Widerstand den Besatzungsmächten gegenübersteht, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Internationalisten überall ihre Stimme erheben, mobilisieren und handeln, um das von den USA geführte imperialistische System, einschließlich der EU-Staaten, Großbritanniens und aller mitschuldigen Mächte zu konfrontieren, damit sie ihre andauernden Verbrechen gegen das palästinensische Volk beenden und den Widerstand verteidigen. Diese Verbrechen spiegeln sich nicht nur in der Balfour-Erklärung und der jährlichen US-Militärhilfe in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar für das Besatzungsregime wider, sondern auch in den rassistischen Angriffen auf das palästinensische Volk im Exil und in der Diaspora in ganz Europa und insbesondere in Deutschland, weil es seine Stimme erhebt und sich organisiert, um seine Rolle in der Sache zu übernehmen, für seine Rückkehr nach Palästina und die Befreiung seines Landes.

Der Hauptfeind der palästinensischen Sache ist der Imperialismus, der das zionistische Projekt ins Leben gerufen und bis an die Zähne bewaffnet hat, um die arabischen und iranischen Völker anzugreifen, zusammen mit dem Zionismus, dem “israelischen” Besatzungsregime und den reaktionären, mitschuldigen arabischen Kräften.

Heute macht der Widerstand deutlich, dass trotz der Bewaffnung und Brutalität der Besatzer das Versprechen der Befreiung näher ist als je zuvor.

Vom Fluss bis zum Meer wird Palästina frei sein.

Wir empfehlen, dem Resistance News Network auf Telegram zu folgen,

<https://t.me/PalestineResist>, um immer auf dem neuesten Stand zu sein.

.)Hamburger Politik: „Sicherheit von Israel Teil der deutschen Staatsräson“

[Hamburger Politik: „Sicherheit von Israel Teil der Staatsräson“ | MOPO](#)

.) Hamas Terror: <https://www.mena-watch.com/hamas-kaltblutige-massaker-an-zivilisten/>
und <https://www.mena-watch.com/gewalt-gaza-grenze-klassische-hamas-strategie/>

Mit der Gewalt an der Grenze zur Israel will die den Gazastreifen regierende Hamas die Aufmerksamkeit auf sich lenken, während die arabische Welt der palästinensischen Sache zusehends gleichgültig gegenübersteht.

.) Hintergruende-hamas-angriffe-grenze-israel

<https://www.mena-watch.com/hintergruende-hamas-angriffe-grenze-israel/>

Die Angriffe vom Gazastreifen auf israelische Soldaten entlang der Grenze haben weniger mit Israel als mit Differenzen zwischen der Hamas und Katar bezüglich der katarischen Finanzhilfe zu tun.

.) Sexuellen Gleichstellung löst in der Palästinensischen Autonomiebehörde und den palästinensischen Medien größte Empörung aus.

<https://www.mena-watch.com/palaestinenser-protest-gleichbehandlung-lgbt/>

Eine neue UNRWA-Richtlinie zur sexuellen Gleichstellung löst in der Palästinensischen Autonomiebehörde und den palästinensischen Medien größte Empörung aus.

.) Hamas-Funktionär: Wir wollen totalen Krieg mit Israel

<https://www.mena-watch.com/hamas-funktionaer-wir-wollen-krieg-mit-israel/>

Die Hamas und ihre Verbündeten, der Iran und dessen Stellvertreter, geben sich von ihrer Fähigkeit überzeugt, nicht nur Krieg gegen Israel führen, sondern ihn auch gewinnen zu können.

.) Hamburger Polizei wachsam vor jüdischen Einrichtungen :

[Angriff auf Israel: Hamburger Polizei wachsam vor jüdischen Einrichtungen | NDR.de - Nachrichten – Hamburg](#)

Nach den massiven Angriffen der Hamas auf Israel herrscht auch in der jüdischen Gemeinde in Hamburg große Fassungslosigkeit. Gleichzeitig fährt die Polizei im Norden vermehrt Streife vor jüdischen Einrichtungen.

.) Nahost-Konflikt: Nach den Terrorangriffen auf Israel fallen Bomben auf Gaza:

<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1176850.nahost-konflikt-nach-den-terrorangriffen-auf-israel-fallen-bomben-auf-gaza.html>

.) 5 Dinge, die Sie über die jüngsten Gewalttaten in Palästina/Israel wissen müssen:

<https://imeu.org/article/what-is-hamas>

1. Netanjahus rechtsextreme Regierung hat seit ihrer Machtübernahme Anfang des Jahres die gewaltsame Unterdrückung der Palästinenser durch Israel verschärft.

Vor dem jüngsten Gewaltausbruch hatten israelische Soldaten im besetzten Westjordanland bereits mehr als 250 Palästinenser, darunter mindestens 47 Kinder, getötet - mehr als in jedem anderen Jahr seit der zweiten Intifada, dem Aufstand gegen die israelische Besatzung Anfang der 2000er Jahre.

Extremistische israelische Siedler haben auch ihre Angriffe auf Palästinenser verstärkt, um sie von ihrem Land zu vertreiben. Im August warnten die Vereinten Nationen vor einem dramatischen Anstieg der Siedlergewalt. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden fast 600 Angriffe verzeichnet, im Durchschnitt 99 Vorfälle pro Monat.

Israelische Extremisten haben auch ihre Provokationen in und um den Komplex der Noble Sanctuary Moschee im besetzten Ostjerusalem, der drittheiligsten Stätte des Islam, die sie zerstören und durch einen jüdischen Tempel ersetzen wollen, verstärkt. Israels berüchtigter Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, hat die Stätte wiederholt besucht, um die israelische Vorherrschaft über sie zu demonstrieren.

2. Der Gazastreifen steht seit mehr als 50 Jahren unter brutaler israelischer Militärbesetzung.

Nach internationalem Recht bleibt der Gazastreifen trotz des

israelischen Rückzugs von Siedlern und Soldaten aus dem Inneren des Gazastreifens im Jahr 2005 unter israelischer militärischer Besatzung, da Israel weiterhin praktisch alle Ein- und Ausgänge sowie den Luftraum und die Küstenlinie des Gazastreifens kontrolliert.

3. Israel hat den Gazastreifen seit mehr als 15 Jahren mit einer erdrückenden, illegalen Belagerung und Seeblockade belegt.

Mehr als 2 Millionen Palästinenser sind im Gazastreifen unter Israels drakonischer Belagerung und Seeblockade gefangen, können nicht reisen, um sich medizinisch behandeln zu lassen, zur Schule zu gehen oder Familie und Freunde zu besuchen, und sind von grundlegenden Gütern und Vorräten abgeschnitten. Die Wirtschaft des Gazastreifens ist durch die Belagerung und die Blockade sowie durch wiederholte israelische Militärangriffe, die einen Großteil der zivilen Infrastruktur des Gazastreifens zerstört haben, am Boden zerstört worden. Die Belagerung und die Blockade wurden von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen wiederholt als eine Form der kollektiven Bestrafung und als illegal verurteilt.

4. Die meisten Palästinenser in Gaza sind Flüchtlinge, die 1948 aus dem Gebiet vertrieben wurden, das heute zu Südisrael gehört.

Zwei Drittel der Palästinenser in Gaza sind Flüchtlinge, die während der Gründung Israels 1948 aus ihrer Heimat vertrieben wurden und denen ihr international anerkanntes Recht auf

Rückkehr verweigert wird, nur weil sie keine Juden sind.

5. The source of the problem in all of Palestine/Israel is Israel's brutal military occupation and apartheid system that was established in 1948.

In the words of Amnesty International: "Israel has established and maintained an institutionalized regime of oppression and domination of the Palestinian population for the benefit of Jewish Israelis – a system of apartheid – wherever it has exercised control over Palestinians' lives since 1948." The only way to end the violence is to end Israel's occupation and apartheid system.

.) Nahostexperte: "Wir müssen an die Ursache des Problems herangehen":

<https://www.deutschlandfunk.de/angriff-auf-israel-interview-michael-lueders-nahostexperte-dlf-db47d7a0-100.html>

Mit Vergeltung sei das Problem nicht gelöst, sagt Nahostexperte Michael Lüders zu den Angriffen auf Israel. Es bedürfe einer politischen Lösung der Palästinafrage. Zu lange habe die Politik die Zusammenhänge ignoriert.

.) Politik Großangriff auf Israel,,» Hamas hat Tor zur Hölle in den Gazastreifen geöffnet«, Der ausgerufene Kriegszustand erlaubt Israel »weitreichende militärische Schritte« :

[Großangriff auf Israel: » Hamas hat Tor zur Hölle in den Gazastreifen geöffnet« | nd-aktuell.de](https://www.nd-aktuell.de)

.) Einseitige Empörung :

<https://www.jungewelt.de/artikel/460645.einseitige-emp%C3%B6rung.html>

Im Nahen Osten ist seit Sonnabend wieder Krieg. Für Schlichtdenkende hat die Hamas »angefangen«. Dass der Krieg eine Folge der Tatsache ist, dass Israel seit Juni 1967 palästinensisches Gebiet besetzt hält, kann man mit genug bösem Willen oder einem Übermaß an Dummheit und Gleichgültigkeit auch ignorieren. Aber die Geltung des Rechts auf Selbstverteidigung für eine Besatzungsmacht gegen die von ihr Unterdrückten ist ein zu kompliziertes Problem, als dass man es den Kräften überlassen sollte, die vor wenigen Jahrzehnten noch die halbe Welt unter

Kolonialherrschaft hielten und dafür die widerwärtigsten Rechtfertigungen erfanden. Man ist hierzulande daran gewohnt, dass nicht nur die Herrschenden, sondern auch große Teile der »Öffentlichkeit« mit einer furchterregenden Selbstverständlichkeit von der »internationalen Gemeinschaft« sprechen, wenn sie in Wirklichkeit nur deren relativ kleinen »weißen« Sektor meinen, der jahrhundertlang andere Staaten und Völker in einem System von Angst und Schrecken gehalten hat. Nein, die gewissermaßen demokratische Mehrheit unserer gemeinsamen Welt spricht über diesen Krieg, der seine Schrecken erst in den kommenden Tagen entfalten wird, anders als unsere Politiker und Medien, die zu unserer Schande wirklich unsere sind, solange wir ihnen nicht noch entschiedener widersprechen. Die Mehrheit der Welt beurteilt diesen Krieg zwar mit Unterschieden. Aber sie ist sich einig darin, dass eine ausschließlich an politischen und wirtschaftlichen Interessen orientierte, einseitige Haltung zu dem Konflikt ein für die gesamte Menschheit gefährlicher Brandbeschleuniger ist.

.) Israel kündigt Blockade von Gaza an :

<https://taz.de/-Hamis-Angriff-auf-Israel-!/5965659/>

Israel hat eine Abriegelung des Gazastreifens angeordnet. Auf den Angriff reagiert das Land mit der bisher größten Mobilmachung und beruft 300.000 Reservisten ein.

.) Experte über Nahost-Eskalation: „Neues Gefühl der Verwundbarkeit“

[Experte über Nahost-Eskalation: „Neues Gefühl der Verwundbarkeit“ - taz.de](https://taz.de/Experte-ueber-Nahost-Eskalation:-„Neues-Gefuehl-der-Verwundbarkeit“-taz.de)

Mit dem Hamas-Terror glaubte Israel leben zu können, sagt der ehemalige Tel Aviver Bürochef der Böll-Stiftung, Steffen Hagemann. Das sei nun vorbei.

.) Stimmen zum Nahostkonflikt: Lateinamerika fordert Frieden:

<https://www.jungewelt.de/artikel/460760.stimmen-zum-nahostkonflikt-lateinamerika-fordert-frieden.html>

.) Krieg in Nahost: Todesfalle Gaza:

<https://www.jungewelt.de/artikel/460729.krieg-in-nahost-todesfalle-gaza.html>

Sichere Orte gibt es für die rund zwei Millionen Palästinenser nicht mehr: Dschabalia am Montag nach dem Luftangriff .

Mehr als 1.000 Tonnen Bomben und rund 2.000 Geschosse wurden auf über 8.000 Ziele in Gaza innerhalb von 20 Stunden verschossen: Das war die Bilanz der israelischen Luftwaffe vom Montag vormittag. Getroffen wurden Wohngebäude, Krankenhäuser, Flüchtlingsschulen- und Unterkünfte, Ambulanzfahrzeuge. Israel

reagiert auf die am Sonnabend morgen begonnene palästinensische Angriffswelle, bei der es zu Massakern an israelischen Zivilisten kam – laut dem Sender *Kan TV* stieg die Zahl der Toten auf 800 –, mit Kriegsverbrechen und ohne Rücksicht auf Verluste bei der Zivilbevölkerung von Gaza. In sozialen Netzwerken wurden Vorwürfe laut, dass die israelische Regierung die Flüchtenden an eben jene Orte lotse, die später bombardiert würden, so etwa zum Flüchtlingslager Dschabalia. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums wurden durch die Bombardements bislang 560 Palästinenser getötet. Tausende wurden auf beiden Seiten verletzt, mehr als 100 israelische Geiseln in den Gazastreifen entführt – vier von ihnen seien am Montag bei einem Bombenangriff getötet worden, hieß es von palästinensischer Seite.

Zu den Zielen gehörten laut Luftwaffe: drei auf Israel gerichtete Raketenwerfer; eine Moschee, in der sich eine Operationszentrale der in Gaza regierenden islamisch-fundamentalistischen Hamas befunden haben soll, sowie 21 Hochhäuser, die militanten Aktivitäten gedient hätten, etwa auch dem »Islamischen Dschihad«. Am Nachmittag erklärte die Luftwaffe, dass sie weiterhin »Dutzende von Zielen der Terrororganisationen im Gazastreifen« angreife: »Wir werden nicht aufhören, bis für alle Bewohner des Staates Israel Ruhe einkehrt.« Der israelische Verteidigungsminister wurde deutlicher: »Ich habe eine vollständige Belagerung des Gazastreifens angeordnet. Es gibt keinen Strom, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen«, sagte Gallant nach einer Lagebeurteilung im Südkommando der Streitkräfte in Beersheba. »Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend«, fügte er hinzu. Zu der wohl unmittelbar bevorstehenden Bodenoffensive in Gaza wurden Stand Montag 300.000 israelische Reservisten eingezogen.

Während die israelische Armee angab, von den Kassam-Brigaden zuvor eingenommene Ortschaften wieder unter Kontrolle zu haben, weiteten sich die Kämpfe andernorts aus. Berichten auf X war zu entnehmen, dass etwa bewaffnete radikale Siedler in Huwara im besetzten Westjordanland damit begannen, Brandbomben zu legen. Der Ort war bereits im Frühling Ziel von Pogromen, Finanzminister Bezalel Smotrich forderte damals, Huwara solle »ausradiert« werden. Am Mittag erklärten die Kassam-Brigaden, sie hätten Tel Aviv und Jerusalem mit Raketensalven belegt, um auf die Bombardierung ziviler Wohnhäuser im Gazastreifen zu reagieren. Zudem hätten sie einen großen Angriff auf Aschdod und Aschkelon mit 120 Raketen durchgeführt. Auch an der Grenze zu Libanon kam es zu Kämpfen. Zunächst erschoss die Armee mehrere bewaffnete Verdächtige, die aus dem verfeindeten Nachbarland vorgedrungen seien. In der Folge begannen die Streitkräfte mit Bombardements des Südlibanons.

Deutlich wurde am Montag das Ausmaß des Massakers von Hamas-Kämpfern an den Teilnehmern des Musikfestivals in der Negev-Wüste, 600 Meter von der Grenze zu

Gaza entfernt. Angehörige suchten verzweifelt nach Vermissten, die Zahl der Getöteten wurde am Montag mit 260 angegeben. Drohnenbilder zeigten Dutzende abgebrannte Autos, Aufnahmen aus deren Kameras die letzten Minuten von Besuchern während sie von den Angreifern erschossen werden.